

Aktivtagung der DKP München, 3. November 2006

Wie weiter nach den DGB-Demos am 21. Oktober

Referat: Leo Mayer

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Ziel dieser Aktivtagung ist:

- eine gemeinsame Bewertung der DGB-Demos vom 21.10. vornehmen;
- zu diskutieren, wie es nach dem 21.10. weitergehen kann und was wir dazu beitragen können, damit eine anhaltende Mobilisierung für eine andere Politik entsteht.
- unsere Aktivitäten einzuschätzen und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Beeindruckende Demonstrationen. Aber ..

Am 21. Oktober waren über 220.000 Menschen auf der Straße; allein in München über 25.000. Das waren beeindruckende Demonstrationen.

Die Stimmung war gut und kämpferisch. Die allgemeine Meinung war: „höchste Zeit, dass wir wieder auf die Straße gehen“.

220.000 Menschen auf der Straße - nicht schlecht.

Auch wenn sich natürlich der Vergleich zum 3. April 2004 aufdrängt. Damals waren es über 500.000 gewesen.

Aber die Klage darüber, dass sich die Teilnehmerzahl halbiert hat, nützt nichts und bringt uns nicht weiter.

Wichtig ist, dass der DGB überhaupt mobilisiert hat.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, wird deutlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie die sozialpolitischen Abteilungen von IGM und Ver.di den Koalitionsvertrag der Großen Koalition bewertet haben. In den „Sozialpolitischen Informationen“ für das 1. Halbjahr 2006 heißt es dazu:

„Wir unterstützen das Bemühen der Großen Koalition, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wieder zu stärken. ... Um Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen, ist die finanzielle Handlungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme eine zentrale Voraussetzung. Die Koalition hat dies als wesentliches Ziel anerkannt.“ Und weiter: *„Erkennbar ist, dass der Koalitionsvertrag der nachhaltigen Privatisierung und dem weiteren Vertrauensverfall entgegenzutreten versucht.“* (Sozialpolitischen Informationen, 1.Hj. 2006, IGM und Ver.di)

Der Demo am 3. April 2004 war die Demo der sozialen Bewegungen im November 2003 in Berlin vorausgegangen. Zur Überraschung aller waren 100.000 Menschen dem Aufruf gefolgt. Es war diese Demo, die den DGB damals zu den Aktionen im April 2004 gedrängt hatte.

Diesmal war es anders. Die Initiative kam von den Gewerkschaften selbst. Dies deutet aber weniger auf eine Wende zu einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik hin, sondern ist mehr der Ausdruck, dass zum Einen die globalisierungskritische und die anderen sozialen Bewegungen an Dynamik verloren haben und ermüden.

Und zum Anderen Ausdruck einer Situation, dass die Gewerkschaften Einfluss auf die Gesetzespakete der Großen Koalition - Gesundheitsreform, Verschärfung von Hartz IV, Rente mit 67, Steuer-

reform - nehmen wollen; ihre Vorschläge aber ignoriert werden und sich so diejenigen Kräfte im DGB durchsetzen konnten, die auf Massenmobilisierung drängen.

Gleichzeitig wurden die Widerstände innerhalb des DGB gegen die Mobilisierung deutlicher sichtbar. Mit dieser Mobilisierung sind ja zwei Dinge verbunden: da ist die stärkere Profilierung der Gewerkschaften in Richtung eines eigenen politischen Mandates. Ebenso wird die Linkspartei als einzige politische Alternative in die Aufmerksamkeit gerückt, denn eine „SPD-Linke“ als Auffanglinie gibt es nicht mehr. Beides Konsequenzen, die die eng mit der SPD verbundenen Kräfte unbedingt verhindern wollen.

Dazu passt dann, dass entgegen den Ankündigungen und Notwendigkeiten die Zusammenarbeit mit den anderen gesellschaftlichen Bewegungen, v.a. mit der Sozialforums-Bewegung, noch schlechter als 2004 war. Dieses Bündnis mit den anderen sozialen Bewegungen ist aber eine Voraussetzung für die Entwicklung einer durchsetzungsfähigen Kraft für einen Politikwechsel und für die Erneuerung der Arbeiterbewegung.

Insofern sind die Erfahrungen aus 2004 nicht einfach übertragbar und es ist nicht nur anhand der Teilnehmerzahl zu bewerten, ob der 21.10. ein Erfolg oder ein Flop war.

Entscheidend wird sein, ob es der Auftakt für eine längerfristige Mobilisierung für eine Politikwechsel oder ob es eine Eintagsfliege war!

Ich halte wenig davon, die „Schuld“ für die zurückgegangene Teilnahme auf „die“ Gewerkschaftsführung zu schieben. Denn zumindest bei einem Teil der Führung gibt es längerfristige, strategische Überlegungen über die Notwendigkeit eines Politikwechsels und wie er erreicht werden könnte. Zum anderen hilft es uns nicht weiter, diejenigen Hemmnisse zu ignorieren, die einer Mobilisierung entgegenstehen und im Leben und Denken der Menschen selbst wurzeln.

Warum waren es nicht mehr?

220.000 Menschen auf der Straße - nicht schlecht.

Aber angesichts der sozialen Probleme und des Auseinanderdriftens der Gesellschaft viel zu wenig. In diesen zweieinhalb Jahren seit dem April 2004 sind Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden. Die "Unterschichten-Debatte" ist nur ein Ausdruck der sozialen Verwerfungen, die der globale Kapitalismus hervorruft. *„Zwischen 1993 und 2004 hat sich das Nettovermögen des reichsten Viertels in Westdeutschland um knapp 28 Prozent erhöht. Im ärmsten Viertel zeigt sich hingegen im selben Zeitraum ein dramatischer Rückgang von 50 Prozent“*, schrieb die SZ kürzlich. Und weiter: Die Debatte müsste sich darauf konzentrieren, *„dass ein globalisierter und härter gewordener Kapitalismus keine soziale Integration erzeugt“*.¹

Unsicherheit hat alle Schichten - mit Ausnahme der ganz Oben – erfasst. Beispielhaft stehen die BenQ-Ingenieure, die hautnah erfahren, was kapitalistische Globalisierung und uneingeschränkte Macht der Multis bedeutet. Hartz IV sitzt nun auch den Mittelschichten im Nacken.

Aber welche Welten liegen zwischen dem BenQ-Ingenieur und der in einem Minijob beschäftigten Reinigungskraft für die Büros bei BenQ? Und wir müssen ganz nüchtern erkennen, dass wir - die Linke, die Gewerkschaften und die antineoliberalen Kräfte insgesamt - noch nicht ansatzweise ein politisches Projekt haben, das diese kulturellen Abgründe überwinden und zu einem gemeinsamen Handeln in einem gesellschaftlichen Block gegen den Neoliberalismus zusammenführen könnte.

Nach einer neuesten Umfrage ist die Zahl der Menschen, die finden, dass es in Deutschland ungleich zugeht, sprunghaft auf 2/3 der Bevölkerung angestiegen².

1 Auf dem Weg in eine inhumane Gesellschaft, Wilhelm Heitmeyer und Sandra Hüpping, Süddeutsche Zeitung, 21.10.2006)

2 ARD Umfrage, nach SZ, 3.11.2006

Vor diesem Hintergrund ist es keine Übertreibung zu sagen, dass die Demonstranten die Meinung viel größerer Teile der Bevölkerung - wahrscheinlich der Mehrheit - zum Ausdruck gebracht haben. Zum eigenen Handeln und zum Mitmachen waren diese jedoch nicht -noch nicht? - zu bewegen.

Was sind die Gründe?

Zwar

- finden 2/3 der Bevölkerung, dass es ungerecht zugeht;³
- 86 Prozent sind der Ansicht, dass immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden;⁴
- 38 Prozent meinen, dass sich ihre eigene Situation in den kommenden Jahren verschlechtern wird;⁵
- 51 Prozent haben seit Hartz IV mehr Angst vor dem sozialen Abstieg;⁶
- 61% der Deutschen meinen, es gebe nur noch „Oben und Unten“.⁷

Aber ebenso halten 83% soziale Gerechtigkeit für den wichtigsten Wert.⁸

Trotzdem engagieren sie sich nicht aktiv gegen diese Verhältnisse.

neoliberale Hegemonie

Was in diesen Umfragen zum Ausdruck kommt, ist eine brüchig werdenden Akzeptanz des Neoliberalismus.

Aber trotz dieser brüchig werdenden Akzeptanz ist der Neoliberalismus nach wie vor gesellschaftsgestaltend und politikbestimmend.

Und ebenso ist eine Realität, dass die neoliberale Ideologie und Argumentation tief in die Köpfe und in das Alltagsdenken der Menschen eingedrungen ist.

Am vergangenen Freitag hatten wir hier im EineWeltHaus eine Veranstaltung des isw und von „Marxismus im Dialog“ im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Münchner Sozialforums mit Mario Candeias. Er referierte über die Ursachen der neoliberalen Hegemonie. Denn es ist doch ein Phänomen: Obwohl die neoliberalen Versprechungen geplatzt sind, werden immer wieder die Parteien gewählt, die den Neoliberalismus politisch verkörpern. Obwohl der neoliberale Kapitalismus so viele Menschen auf so viele Arten schädigt, können die Gewerkschaften, die politische Linke, die gesellschaftlichen Bewegungen nicht die Mehrheit für ihre Alternativen zum Neoliberalismus gewinnen.

Ich denke, es lohnt sich, sein Referat⁹ in den Grundorganisationen zu diskutieren. Ihr könnt es demnächst auf der Internetseite des isw finden.

Ich will das Referat von Mario Candeias nicht wiederholen. Ich will aber auf einen Gedanken eingehen, weil er für unsere ideologische Arbeit zur Überwindung der neoliberalen Hegemonie von zentraler Bedeutung ist: Beim Neoliberalismus handelt es nicht um ein reines ›Überbauphänomen‹, um einen ›Mythos‹ oder eine ›Lüge‹ - eine Auffassung die auch bei uns lange vertreten wurde und z.T. noch vertreten wird. Vielmehr ist die neoliberale Ideologieproduktion - wie Mario sagte und wie es auch ähnlich in unserem Parteiprogramm heißt - organisierendes Element eines

3 ARD Umfrage, nach SZ, 3.11.2006

4 aus „Auf dem Weg in eine inhumane Gesellschaft“, Wilhelm Heitmeyer und Sandra Hüpping, Süddeutsche Zeitung, 21.10.2006)

5 ebenda

6 ebenda

7 WDR, Monitor, 19.10.2006

8 WDR, Monitor, 19.10.2006

9 Neoliberal ist asozial – und trotzdem mehrheitsfähig!?, Referat Mario Candeias, Veranstaltung des isw und von Marxismus im Dialog, 27.10.2006).

krisenhaften Umbaus aller gesellschaftlichen Verhältnisse - von Arbeits- und Produktionsverhältnissen bis zu Geschlechter- und Klassenverhältnissen etc..

Ideologie meint dabei eben nicht ›falsches Bewusstsein‹, sondern ist materiell wirksam. Es handelt sich um ›hinter dem Rücken‹ der Individuen herausbildende und zugleich ihr Handeln bestimmenden ›objektiven‹ sozialen Formen.

Die Menschen sind in ihrem täglichen Leben gezwungen, neoliberale Prinzipien und Strukturen zu reproduzieren; d.h. auch eine individuelle Ablehnung dieser Prinzipien kann nur bei Strafe des persönlichen Untergangs oder gesellschaftlicher Marginalisierung gelebt werden. Ansonsten muss jeder sich mehr oder weniger widerwillig z.B. in die alltägliche Konkurrenz begeben und seine individuelle „Vermarktbarkeit“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ erhöhen, ob an der Uni und in der Schule, im Betrieb oder am Arbeitsmarkt.

Natürlich verzichtet keiner gerne auf Lohn oder arbeitet länger für weniger Geld. Und trotzdem ist das inzwischen tägliche Praxis in den Betrieben: über Betriebsvereinbarungen oder Ergänzungstarifverträge kollektiv vereinbart, und noch viel häufiger durch individuelles Handeln.

Angesichts polnischer, lettischer, portugiesischer oder chinesischer Löhne finden es viele einsichtig, dass sie, um ihren Arbeitsplatz zu behalten, verzichten und länger arbeiten müssen, während immer mehr Menschen überhaupt keine Arbeit mehr finden.

Diese Alternativlosigkeit führt aber auch dazu, dass die Betroffenen die Verhältnisse nicht nur erleiden, sondern auch mitgestalten - als Betriebsräte und Gewerkschafter, als direkt betroffene Individuen. Indem sie sich bei der Verteidigung ihrer Standorte und Arbeitsplätze der Logik der Standortkonkurrenz unterwerfen, aktiv an der Senkung der Arbeitskosten beteiligen, ihren Arbeitseinsatz flexibilisieren und stärker als jemals zuvor zum Co-Management gezwungen sind, eignet sich ihr Denken zwangsläufig die neoliberale Logik an. Die neoliberale Ideologie verankert sich fest im Alltagsdenken.

Was würde ein Beschäftigter bei Daimler-Chrysler, Siemens, Opel, .. wohl sagen, wenn ein Tscheche oder Italiener ihn als Lohndrucker beschimpft?

Deutschland konnte in den letzten fünf Jahren seinen Anteil am Welthandel auf über 10% steigern und ist damit Exportweltmeister. Kein anderes Land exportiert mehr Waren, nicht Japan oder die USA und auch nicht China. Dies ist Ergebnis der Lohndrückerei in Deutschland, im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung. Während in den zurückliegenden fünf Jahren die Lohnstückkosten, also die Löhne im Verhältnis zur Produktivität, in Italien, Portugal, Spanien um 20 Prozent gestiegen sind, sind sie in Deutschland nur um 0,5 % gestiegen. Diese Entwicklung übt wiederum Druck auf Portugal, Italien, ... aus, die Löhne dort abzusenken. In der gleichen Richtung wirkt die Entlastung der Unternehmen durch die Senkung der sog. Lohnnebenkosten (Senkung des Beitrags zur Krankenversicherung, geplante Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung). Dies wirkt für die Exportmaschinerie der Wirtschaft in Deutschland wie eine Währungsabwertung, fördert auf diese Weise den Export und zwingt schwächer entwickelte Ökonomien zu Lohnsenkungen und Sozialabbau.

Im Verständnis der Kolleginnen und Kollegen, sind es jedoch die anderen – von den Portugiesen und Tschechen über die Polen und Inder bis zu den Chinesen –, die die Löhne drücken.

Dieses Eindringen neoliberalen Denkens in die Köpfe war auch eines der Probleme beim Arbeitnehmerbegehren, mit dem die IGM nach dem April 2004 die Diskussion in die Betriebe getragen hat. Die gewerkschaftlichen Alternativen wurden und werden viel zu wenig aufgenommen. Zu alternativlos erscheinen die neoliberalen Behauptungen,

- dass „Arbeit billiger werden muss“,
- dass „nur das ausgegeben werden kann, was man vorher eingenommen hat“,
- dass „gespart werden muss“,
- dass „Rentenkürzungen unumgänglich“ seien.

Die Kritik besteht im Wesentlichen lediglich darin, dass es bei allem doch etwas gerechter zugehen sollte.

Wenn wir von dem Dreisatz für Veränderungen ausgehen -

- Als erstes muss den Menschen die Unerträglichkeit und Perspektivlosigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse bewusst sein; und jeder Schritt, jede Maßnahme zur Verlängerung der bestehenden Zustände deshalb auf Ablehnung und Widerstand stoßen muss;
- zweitens muss es eine Alternative geben;
- und drittens müssen die ersten Schritte zur Veränderung in Richtung der Alternative aufgezeigt werden; wobei die Bereitschaft zum oppositionellen Handeln wächst, wenn Aussicht auf Erfolg besteht -

dann haben wir auch eine Orientierung für unsere ideologische und politische Tätigkeit.

Anpassung oder Widerstand - die Interpretation bestimmt die Aktion

Die Erfahrungen - eben auch der 21.10. - zeigen, dass es nicht die sozialen Verwerfungen und Widersprüche direkt sind, die zu Protest, Widerstand und Kampf um Alternativen führen. Verarmung, Verzweiflung und Ausweglosigkeit können auch systemstabilisierend wirken. *„Weil die Menschen verunsichert sind, verhalten sie sich angepasst und orientierungslos. Die globale Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bewirkt unmittelbar keinen Aufschwung der Massenaktivitäten, sondern vielfach eher schicksalsergebene Anpassung an die herrschenden Verhältnisse“*, schreibt zutreffend der Genosse Werner Seppmann¹⁰.

Es gibt keinen Zusammenhang, dass, wenn es schlimmer wird, dann auch mehr Menschen auf die Straße gehen. Sicher ist, dass es schlimmer wird. Ob mehr Menschen auf die Straße gehen, das ist noch offen.

Ob die soziale Entwicklung, ob die Widersprüche zu Resignation und Anpassung oder zu Protest, Widerstand und Kampf um Alternativen führen, das hängt von der Interpretation der Widersprüche durch die Betroffenen ab.¹¹ Die Stärke der neoliberalen Hegemonie liegt nicht darin, dass es keine Widersprüche gäbe, sondern darin, dass sie im Sinne des Neoliberalismus interpretiert und bearbeitet werden; und dass er alternativlos erscheint.

Unsere Aufgabe ist, daran zu arbeiten, dass die Widersprüche nicht mehr neoliberal interpretiert werden: durch Kapitalismuskritik, durch das Aufzeigen von Alternativen und von Schritten zur Veränderung. Ohne fundamentale Kritik des Bestehenden gehen Alternativen ins Leere. Ohne Alternativen werden Lösungen nur im Rahmen des Bestehenden gesucht. Ohne nächste, realistisch erscheinende Schritte bleiben Alternativen im Reich der Unmöglichkeit.

Ein neuer und interessanter Versuch zur Beeinflussung der „Anschauung von der Welt“ durch die Gewerkschaften ist, dass IGM und ver.di den Kinostart von „The Take - Die Übernahme“ - ein Film der Globalisierungskritikerin Naomi Klein - unterstützen. Der Kampf um die Köpfe findet ja ganz wesentlich auch im Kulturbereich statt. Da zählen natürlich die vielen Ansätze demokratischer Gegenkultur. Da müssen Filme wie „Die neue Wut“ viel mehr Verbreitung finden. Auch weil sie die Möglichkeit geben, das eigene Handeln zu reflektieren. Aber ein fortschrittlicher Film kann über die „normalen“ Kinos natürlich viel mehr Menschen erreichen und Anstöße zu einem „widerständigen“ Denken geben.

¹⁰ Werner Seppmann, Marxistische Blätter, Nr. 2-02, S. 44

¹¹ *„Keine Tat bleibt ohne Ergebnisse im Leben, und der Glaube an die eine statt an die andere Theorie hat seine besonderen Einflüsse auf das Handeln: Auch der Irrtum hinterläßt Spuren; wenn er weit verbreitet ist und akzeptiert wird, kann er das Erreichen eines Zieles verlangsamten (wenn auch nicht verhindern). Und das ist ein Beweis, daß die ökonomische Basis nicht direkt, die politische Aktion bestimmt, sondern die Interpretation, die man sich von dieser macht, und von den sogenannten Gesetzen, die die Entwicklung lenken.“* (Antonio Gramsci, „Utopie“, Antonio Gramsci: Zur Politik, Geschichte und Kultur, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig, 1986

Schluss mit der Stellvertreterpolitik - für ein anderes Politikverständnis

Laßt mich noch eine grundsätzliche Kritik am Politikverständnis des DGB äußern, die am 21. wieder deutlich wurde: „Das geht besser.“ In dieser Losung konzentriert sich eine Politikauffassung, die glaubt, mit guten Argumenten und Appellen an das Eigeninteressen in Wirtschaft und Politik eine Änderung erreichen zu können. Zwar wurde in den Reden an den einzelnen Vorhaben der Regierung scharfe Kritik geäußert, aber verbunden mit Apellen an die Regierung, es besser zu machen.

Damit wird eine bestimmte Vorstellung von Politik reproduziert, die sich an den ›Staat‹ richtet, dessen vermeintliche Aufgabe es doch wäre, für alle, für das ›Volk‹ Politik zu machen.

Wir müssen für ein anderes Verständnis von Politik kämpfen. Politik muss im Alltag ankommen, an den alltäglichen Erfahrungen in der Arbeit, im Leben anknüpfen, diese selbst als Sphäre der Politik begreifen. Gerade die Betriebsräte und Gewerkschafter machen doch die Erfahrung, dass mit tradierter Stellvertreterpolitik nicht mehr viel zu erreichen ist. Aus diesen Erfahrungen muss mit dem sozialdemokratischen Verständnis der Stellvertreterpolitik - vom Betriebsrat über die Gewerkschaft bis hin zum Parlament - gebrochen werden und es muss ein Politikverständnis der Selbstorganisation entwickelt werden. Politik muss als Lernprozess organisiert werden, der auf die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit und Organisation zielt. Der Kampf um die Veränderung der Verhältnisse ist nicht zu trennen von der Selbstveränderung der handelnden Menschen.

Demokratie erneuern - Recht auf politischen Streik erkämpfen

Lähmend für die Mobilisierung wirkt sich die Erfahrung aus, nichts verändern zu können.

Im Zuge der neoliberalen Umwälzung und der Transnationalisierung haben sich für die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Bewegungen die institutionellen Möglichkeiten veingert, politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Damit verringern sich aber auch die Möglichkeiten für die Bewegungen selbst, sich weiter entwickeln und entfalten zu können.

Dabei wird aber häufig übersehen oder gering geschätzt, dass z.B. die Montagsdemos, der 3. April 2004 erst die Dynamik freigesetzt haben, damit sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter von der SPD lösen konnten und die WASG gegründet haben; eine Voraussetzung für den Wahlerfolg der Linken bei der Bundestagswahl 2005. Aber jetzt erleben wir eben auch die Einflusslosigkeit der parlamentarischen Opposition und das „Totschweigen“ durch die Medien.

Es gelingt immer weniger, die Vorhaben von Kapital und Kabinett zu beeinflussen. Das führt dazu, dass 51 Prozent der Bevölkerung mit der Demokratie in unserem Lande unzufrieden sind. Ein sprunghafter Anstieg. 78 Prozent der Personen aus den unteren Lagen - wie es genannt wird - und mehr als 63 Prozent der Personen aus den mittleren Soziallagen halten sich für politisch einflusslos.¹²

Dies widerspiegelt eine Entwicklung, die wir im Parteiprogramm so benennen: *„Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. ... Der bürgerliche Staat verliert tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung, weil die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht. So wird die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt.“* (Programm der DKP)

Die Schlussfolgerung daraus kann nicht sein, zu versuchen zu den alten Formen der repräsentativen Demokratie zurückzukehren; Gekochtes läßt sich nicht mehr roh machen.

Die Schlußfolgerung kann nur sein, für Demokratisierung dort zu kämpfen, wo Entscheidungen fallen; die Menschen direkt in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, dort wo sie leben und

¹² aus „Auf dem Weg in eine inhumane Gesellschaft“, Wilhelm Heitmeyer und Sandra Hüpping, Süddeutsche Zeitung, 21.10.2006)

arbeiten: im Betrieb, im Konzern, im Stadtteil, aber auch Demokratisierung der Entscheidungsprozesse auf nationaler und transnationaler Ebene durch Elemente direkter und partizipativer Demokratie.

In diesem Zusammenhang ist der Kampf um das Recht auf den politischen Streik von wesentlicher Bedeutung.

- Wenn die Unternehmerverbände, v.a. die Multis, immer unverhohlener die Politik in ihrem Interesse beeinflussen,
- wenn Politik immer mehr außerhalb der demokratischen Institutionen entschieden wird,
- wenn die Politik immer weniger Einflussmöglichkeiten auf die Konzerne hat,
- dann heißt Zurückgewinnung demokratischer Einflussmöglichkeiten, das Recht auf den politischen Streik erkämpfen.

Wir machen weiter!

Über 200.000 auf der Straße - nicht schlecht für einen Auftakt. So es denn ein Auftakt war.

In den nächsten Wochen wird sich entscheiden, ob sich diejenigen Kräfte im DGB durchsetzen, die zu dieser Aktion gedrängt werden mussten und die nun schnell wieder zur Tagesordnung übergehen wollen, weil Dampf abgelassen worden ist.

Oder können sich die Kräfte durchsetzen, die auf einen tatsächlichen Politikwechsel orientieren?

Vorschläge dafür gibt es:

- Der NGG-Vorsitzende Möllenberg orientierte in seiner Rede auf der Münchner Kundgebung auf eine zentrale Demonstration in Berlin.
- Der verdi-Bezirk München will den Konflikt in die Betriebe tragen und schlägt einen bundesweiten Aktionstag mit kurzzeitigen Arbeitsniederlegungen, oder zeitgleichen Betriebsversammlungen vor.
- Der IGM-Vorsitzende Jürgen Peters meint, dass die Diskussion in den Betrieben geführt und die Gewerkschaften gleichzeitig für eine breite Bürgerbewegung für einen Politikwechsel aktiv sein müssen.
- Oskar Lafontaine setzte das Thema des Rechts auf den politischen Streik auf die Tagesordnung.
- Der verdi-Funktionär Bernd Riexinger fordert die Konzentration der Kräfte, um an einem Konfliktthema, z.B. durch die Verhinderung der Gesundheitsreform, endlich einen Erfolg zu organisieren.

Wir müssen diskutieren, wie es in der Einladung zur Aktivtagung heisst:

- Wie können wir unsere bescheidenen Kräfte für eine Stärkung der Bewegung einsetzen?
- Wie können wir als DKP dazu beitragen, dass eine breite, durchsetzungsfähige Bewegung für eine andere Politik entsteht; wie aus Zorn, Angst und Resignation eigenes Handeln und Widerstand erwachsen kann?
- Welche Möglichkeiten haben wir in den Betrieben, dafür zu wirken, dass die Gewerkschaften weiter mobilisieren?
- Wie können wir dabei die DKP profilieren?

Zu unserer Tätigkeit

Zuerst: wir haben im Verhältnis zu unseren Kräften viel geleistet.

Wir haben zur Mobilisierung

- 4.000 UZ-extra und
- 3.800 „Auf Draht“ vor Münchner Betrieben verteilt;
- den „Linksblick“ herausgegeben und einige Hundert an Infoständen verteilt;
- drei thematische Flugblätter (Rente, Mindestlohn, Steuern) mit Kritik und Alternativen gemacht und knapp 1.000 verteilt;
- Infostände am Rosenheimerplatz durchgeführt;
- entlang der Demo-Route plakatiert (Wer entlässt gehört enteignet);
- in den Grundorganisationen Gruppenabende zu den Themen des 21.10. durchgeführt.

Und nicht zuletzt ist das „Fest der Solidarität“ zu nennen, auf dem wir für den 21.10. mobilisiert haben.

Auf der Demo selbst haben wir

- 120 UZ verkauft,
- knapp 1.500 Werbeflugis für das 10 Wochen Probe-Abo UZ verteilt (wir hatten allerdings 5.000 Stück, aber zu wenig Verteiler!!),
- 2.000 „Auf Draht extra“ verteilt,
- und einen kleinen DKP / SDAJ Block mit einem großen Transparent (Der Mensch geht vor Profit), fünf DKP- und etlichen SDAJ-Fahnen gebildet.

Wenn wir uns die UZ extra und unsere Materialien anschauen, dann sehen wir, dass wir inhaltlich die richtigen Akzente gesetzt haben:

- die Macht der Konzerne knacken,
- den Widerstand in die Betrieb tragen; Recht auf politischen Streik,
- Eigentumsfrage (Unter Berufung auf das Grundgesetz: Wer entlässt gehört enteignet),
- es gibt Alternativen.

Trotzdem müssen wir überlegen, wie wir unsere doch sehr begrenzten Kräfte bei einer Großaktion dieser Art besser einsetzen können.

Wir müssen uns in den Grundorganisationen besser darüber verständigen - gemeinsam darüber verständigen - was wir erreichen wollen.

Wenn wir als DKP wahrgenommen werden wollen, wenn wir einen DKP-Block bilden wollen, - natürlich kann man anderer Ansicht sein -, aber wenn wir das wollen, dann sollten auch alle Genossinnen und Genossen zum vereinbarten Treffpunkt kommen. Und eine Demo mit 20.000 Teilnehmern hat eine andere Dynamik als mit den üblichen 500. Da heißt es rechtzeitig da sein, sonst verliert man den Anschluss.

Da ist dann auch nicht nachvollziehbar, warum bei dieser Demo dann Genossinnen / Genossen Gewerkschaftsfahnen tragen – von diesen sind sowieso genügend vorhanden - und nicht ein Transparent oder eine Fahne der Partei.

Natürlich ist es gut, wenn die „junge welt“ auf der Demo verteilt wird. Aber erst müssen wir doch absichern, dass die UZ verkauft und unser eigenes Material verteilt wird. Zumindest müssen wir in der GO vorher darüber reden, wer wo und wie aktiv wird; welche Prioritäten wir setzen.

Diese Fragen müssen politisch in den GO in der Vorbereitung einer solchen Großaktion diskutiert werden, damit unser gemeinsamer Wille dann auch zur gemeinsamen Tat wird. Und das stärkt wiederum auch die Rolle der Grundorganisationen als Raum der Debatte und Aktion.

Anhang:

Inzwischen ruft die IG Metall zu „Wochen der betrieblichen Aktionen“ auf. In den Betrieben soll über die Kritik an der Regierungspolitik und die Alternativen der IG Metall diskutiert werden. Vorgeschlagen werden

- betriebliche Info-Stände
- Betriebsversammlungen
- Informationsveranstaltungen beim Betriebsrat
- Plakat-Aktionen im und um den Betrieb
- „aktivierende Befragungen“
- Einladungen an örtliche Bundestagsabgeordnete zu Betriebsbesuchen und Betriebsversammlungen

(direkt, Info-Dienst der IG Metall für Vertrauensleute, 8.11.2006)

Die Zeit drängt, denn in den nächsten Monaten werden in Berlin die Weichen für weitere Reformen gestellt.

Terminkalender der Bundesregierung**Rentenreform:**

- 29.11.2006 Kabinett entscheidet
- Mitte Dezember 1. Lesung
- Ende März 2007 Verabschiedung

Gesundheitsreform:

- 15.12.2006 1. Lesung
- Ende Dezember voraussichtlich 2. und 3. Lesung
- 16.2.2007 2. Behandlung im Bundesrat

Unternehmenssteuerreform

- Anfang 2007 Kabinettsvorlage
- Vor Sommer Verabschiedung

(aus direkt, 8.11.2006)